



Interpellation 312

Eingang Stadtkanzlei: 26. Januar 2016

Innovation und Transparenz durch Open Government Data

Der Begriff „Open Government Data“ (OGD) bezeichnet die offene Zugänglichkeit und freie Wiederverwendung von (nicht personenbezogenen) Behördendaten.* Das Konzept entspricht dem Grundgedanken des Öffentlichkeitsprinzips. Gleichzeitig stellt es eine Weiterentwicklung dar; denn die Behörden stellen ihre Daten nicht nur im Einzelfall und auf Anfrage zur Verfügung, sondern allgemein.

Die Berner Fachhochschule empfiehlt aufgrund einer durchgeführten Studie für die Schweiz einen raschen und pragmatischen Einstieg in OGD aufgrund folgender Überlegungen:

- OGD schaffen Potenzial für gesellschaftlichen Nutzen sowie betriebliches und volkswirtschaftliches Wachstum. Innovative Unternehmen, Privatpersonen und Organisationen können mit frei zugänglichen Daten aus verschiedenen Verwaltungsbereichen neue Informationsdienstleistungen entwickeln.
- OGD erweitern den Grundgedanken des Öffentlichkeitsprinzips. Bürger, Parteien und Medien können dank OGD einen transparenteren Einblick in die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung erhalten und haben damit die Möglichkeit, ihre politischen Rechte kompetenter wahrzunehmen.
- OGD können die datenbasierte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit fördern und dank Feedback der OGD-Nutzer eine bessere Qualität der Behördendaten ermöglichen.
- Die Investitionen für OGD sind verglichen mit dem wirtschaftlichen Potenzial minimal. OGD werden sich für die Schweiz auch dann lohnen, wenn nur ein Teil dieses Potenzials realisiert wird.

* Bei Open Government Data handelt es sich um bereitgestellte, nicht personenbezogene Datensätze aus öffentlichen Verwaltungen für eine breite Öffentlichkeit in digitaler Form. Die veröffentlichten Datensätze sind maschinell lesbar, kostenlos und zur freien Weiterverwendung gedacht. Sie lassen sich durchsehen, filtern, aufbereiten, überwachen und weiterverarbeiten.

Städte wie Zürich und Basel arbeiten bereits mit OGD und auch der Bund hat 2014 eine „Open-Government-Data-Strategie Schweiz 2014–2018“ verabschiedet. Dabei ist explizit gewünscht, dass sich Städte und Gemeinden am Projekt beteiligen und zur Entstehung einer offenen und prosperierenden nationalen Datenwirtschaft und -kultur beitragen. Am kommenden 2. Februar 2016 ist der Start des neuen Open-Government-Data-Portals der Bundesverwaltung geplant (<http://opendata.admin.ch>).

Daher stellen sich folgende Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Schlussfolgerungen der oben erwähnten Studie und welches Potenzial sieht er für die Stadt Luzern?
2. Hat der Stadtrat Kenntnis der „Open-Government-Data-Strategie“ des Bundes und wurde eine mögliche Zusammenarbeit bzw. Beteiligung am Projekt „OGD Schweiz“ bereits geprüft?
3. Hat der Stadtrat Kenntnis über OGD-Projekte in anderen Städten und im Kanton Luzern?
4. Ist der Stadtrat bereit, OGD in der Stadt Luzern umzusetzen? Falls ja, unter welchen Rahmenbedingungen und in welchem Zeithorizont?

Daniel Furrer und Mario Stübi
namens der SP/JUSO-Fraktion